

Beschluss Zusammenhalt in Vielfalt: Innerparteiliche Vielfalt strukturell ermöglichen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 01.02.2022
Tagesordnungspunkt: 4. Wir leben Vielfalt

Antragstext

- 1 Rheinland-Pfalz ist ein vielfältiges Land. In unseren Städten und Gemeinden
2 leben Menschen mit den unterschiedlichsten Biografien, Identitäten, Zielen und
3 Träumen zusammen.
4
- 5 Wir GRÜNE haben viel dazu beigetragen. So haben wir in der Landesregierung
6 erstmals eine Vielfaltspolitik etabliert. Diese Politik will in einer immer
7 vielfältiger werdenden Gesellschaft ein friedliches Zusammenleben aller Menschen
8 mit ihren unterschiedlichen Eigenschaften gleichberechtigt und mit gegenseitiger
9 Akzeptanz fördern und nötigenfalls auch sicherstellen. Die rheinland-pfälzische
10 Landesregierung verfolgt eine querschnittlich angelegte Vielfaltspolitik.
- 11 Wir als Partei sehen in der Vielfalt unserer Gesellschaft eine Bereicherung für
12 jegliche Aspekte unseres Lebens – diese Vielfalt ist unsere Stärke.
- 13 Aus unserer inneren Überzeugung heraus steht unsere Partei sinnbildlich für die
14 vielfältige Gesellschaft, in der wir leben. Seit unserer Gründung setzen wir uns
15 für die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen ein. Wir teilen politische
16 Macht, machen zum Beispiel aktiv geschlechtergerechte Politik oder stehen für
17 ein queeres Miteinander. Doch zusammen wollen wir noch viel weiter.
- 18 In unserer Gesellschaft hat sich einerseits in Sachen Vielfalt in den letzten
19 Jahren einiges zum Positiven verändert: Wir leben momentan in einem
20 gesellschaftlichen Prozess, der sich Schritt für Schritt auf die Anerkennung der
21 vielfältigen und offen Gesellschaft zu bewegt. Trotz dieses unbestreitbaren
22 Wandels sind wir erst am Anfang des Weges.
- 23 Wir leben andererseits immer noch in einer Gesellschaft, in der Menschen jeden
24 Tag Rassismus, Ausgrenzung und Diskriminierung erfahren. Das erschwert es den
25 Betroffenen ein freies und sicheres Leben zu führen. Der alltägliche Kampf gegen
26 diese Mechanismen, ob in Gestalt direkter Bedrohung oder unterschwelliger
27 Mikroaggressionen, kostet die Betroffenen Kraft.
- 28 Dieser Kampf erschwert es den Betroffenen zusätzlich, sich zu engagieren und
29 sich in unserer Gesellschaft einzubringen. Wer Menschen aufgrund ihrer Herkunft,
30 Religion und Kultur, ihrer geschlechtlichen Identität, ihrer Behinderungen oder
31 ihrer sexuellen Orientierung abwertet und diskriminiert, spaltet unsere
32 Gesellschaft. Wir leben also immer noch in einer diskriminierenden Gesellschaft,
33 kein Bereich ist davon ausgenommen, auch wir sind davon nicht ausgenommen. Wir
34 sind uns dessen bewusst. Wir sind uns bewusst, dass es aufgrund ihrer
35 Lebenssituation, aufgrund der individuellen Herausforderungen und Kämpfe vor
36 denen viele Menschen stehen, nicht alle Menschen gleich leicht haben, sich
37 politisch zu engagieren. Wir haben diese Probleme erkannt und uns daher als Ziel
38 gesetzt, diese im Sinne größerer Fairness für Alle zu verringern.

39 Nach unserem Selbstverständnis ist es unser Anspruch, dass bei uns alle
40 Menschen, die unsere Werte und Ziele teilen, die Möglichkeit haben, sich
41 gleichberechtigt einzubringen, ihre Interessen zu vertreten und ihre Themen zu
42 repräsentieren – ohne Barrieren, Hürden oder Vorurteile. Ein Schritt dem eigenen
43 Selbstverständnis gerecht zu werden, ist das Bewusstsein und die Reflexion der
44 jeweils eigenen Rolle, sowie der vorherrschenden und selbst aufgebauten –
45 teilweise auch unsichtbaren – ausschließenden Strukturen. Wir wollen die
46 strukturelle Ausgrenzung überwinden und eine gleichberechtigte politische
47 Teilhabe gewährleisten.

48 Deswegen setzen wir es uns zur Aufgabe, unsere Strukturen so zu gestalten, dass
49 sie in Bezug auf das Geschlecht, eine rassistische, antisemitische oder
50 antiziganistische Zuschreibung, die Religion und Weltanschauung, eine
51 Behinderung oder Erkrankung, das Lebensalter, die Sprache, die sexuelle
52 Orientierung oder geschlechtliche Identität, den sozialen Status oder die
53 Herkunft oder jede andere Zuschreibung inklusiv und nicht diskriminierend
54 wirken.

55 Wir waren die erste Partei, die sich 1986 ein Frauenstatut gab. Wir sind auch
56 die erste Partei die sich 2020 ein Vielfaltsstatut gegeben hat. Damit ist für
57 uns der Anspruch festgeschrieben: „die vielfältigen Perspektiven der gesamten
58 Gesellschaft in unserer Partei ab[zu]bilden. Die Repräsentation von
59 diskriminierten Gruppen mindestens gemäß ihrem gesellschaftlichen Anteil auf
60 allen Ebenen ist unser Ziel.“ (§ 1/ (1) Vielfaltsstatut). Wir erleben in den
61 letzten Jahren leider auch defensive Abwehrkämpfe gegen Vielfalt in unserer
62 Gesellschaft, in denen wir uns immer wieder von konservativ bis extrem-rechts-
63 geprägten Diskursen vorantreiben lassen. Damit wollen wir Schluss machen. Wir
64 setzen offensiv und progressiv auf unsere Werte und haben keine Angst vor
65 Auseinandersetzungen. Die konservativen Kräfte der Gesellschaft sollten sich
66 erklären müssen, nicht wir.

67 Unser Ziel ist Zusammenhalt in Vielfalt. Wir wollen, dass sich vielfältige
68 Perspektiven in unserer Partei abbilden und allen Menschen die gleichberechtigte
69 Teilhabe und Repräsentation ermöglicht wird. Hier besteht Handlungsbedarf. Unser
70 Ziel ist es, durch nachhaltige Handlungsstrategien gruppenbezogene Ausgrenzung
71 zu erkennen und abzubauen.

- 72 1. Wir werden deshalb Empowerment-Maßnahmen für diskriminierte oder in der
73 Partei unterrepräsentierte Gruppen anbieten und sie individuell fördern.
74 Hierzu sollte es Mentoring-Programme geben.
- 75 2. Dazu sehen wir beispielsweise Veranstaltungen, wie Konferenzen oder
76 Kongresse als geeignet an, zu denen alle Ebenen des Landesverbands
77 eingeladen werden und um rege Beteiligung gebeten werden. Vorbild hierzu
78 kann der im Bundesvielfaltsstatut vorgesehene regelmäßige
79 Vielfaltskongress des Bundesverbands sein.
- 80 3. Wir regen an, dass auch unsere Kreisverbände sich aktiv vor Ort mit dem
81 Thema auseinandersetzen. So könnten die Kreis- und Ortsverbände z.B.

- 82 eigene Veranstaltungen organisieren, und zum Beispiel AGs zum Thema
83 gründen, wie in einigen Fällen bereits geschehen.
- 84 4. Wir untersuchen unsere bisherigen Maßnahmen des Abbaus der Hürden, die
85 Beteiligung hemmen und entwickeln geeignete neue Lösungen für die
86 erkannten Probleme. Der Landesvorstand wird auf Grundlage der Ergebnisse
87 von regelmäßigen Evaluierungen, Instrumente entwickeln, um dem in
88 Paragraph 1, Abs. 1 des Vielfaltsstatuts definierten Ziel näherzukommen.
- 89 5. Dazu könnten z.B. Mittel aus dem Aktionshaushalt dafür verwendet werden,
90 das Thema zu besetzen.
- 91 6. Angelehnt an die Regelung auf Bundesebene (§ 1 Abs. 2 Vielfaltsstatut) ist
92 der Landesvorstand gehalten, alle zwei Jahre auf einer LDV über den
93 Prozess und die bisherigen Fortschritte zu berichten. Hierzu ist eine
94 Aussprache vorzusehen.

Begründung

erfolgt mündlich